

Breslauer Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Kunst- und
Kunstgewerbe-Bureau
In Breslau
an der Kreuzung
der Prinzenstrasse 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedr. Gasse 4;
in Gratz bei Herrn L. Streitland;
in Frankfurt a. M.;
G. J. Hanke & Co.

Mr. 583.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Breslau 12 Thlr. für ganz Preussen 1 Thlr. 24 Pf. Bekleidungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Der Wahlsieg der Bonapartisten.

In Frankreich hat sich inmitten der allgemeinen Aufregung über die Flucht Bazaine's und die Entwicklung der spanischen Frage ein Ereignis vollzogen, dem eine hohe Bedeutung für die innere Politik der französischen Republik zugeschrieben werden muss. Der Wahlsieg der Bonapartisten im Calvados argumentiert mehr als alle übrigen früheren Vorgänge dies gethan haben, die von uns schon oft ausgeschworene Behauptung, daß sich die öffentliche Meinung unserer wunderlichen Nachbarn jenseits der Maas in einer Weise dem früher so bestig angefeindeten Kaiserreich zuneige, welche eine über kurz oder lang bevorstehende Wiederherstellung des Empire beinahe zur Gewissheit macht. Der Franzose kommt von Tag zu Tag mehr zu der Überzeugung, daß er sich mit dem l'homme-princip von Froeheldorf sicherlich machen würde, daß die Orleanisten wohl noch Prätendenten aber keine Partei mehr haben, daß die Republik in ihrer heutigen septennistischen Form nur der Ausdruck für ein wesenloses unhaltbares Chaos und daß jede andere Staatsform außer dem Kaiserreich also unmöglich ist. Selbst Mac Mahon wird sich diesen Wahrnehmungen kaum entziehen können und wir glauben, kaum irre zu geben, wenn wir meinen, daß seine Reise durch die Bretagne und die übrigen Departements, mehr dem Zweck einer Sondierung der Volkestimmung dient, als sie, wie die pariser Offiziösen behaupten, eine Befestigung des Septennats durch den persönlichen Verkehr des illustren Soldaten mit seinen Franzosen herbeiführen soll. Die Reise des Marsalls aber mit der Furcht vor etwaigen Interpellationen in Sachen der Flucht Bazaine's in Verbindung zu bringen, liegt nach Allem, was bis jetzt über diesen Gegenstand bekannt geworden ist, kein Grund vor.

Was nun die nächsten politischen Konsequenzen des tatsächlich heißenlosen Wahlsiegs der Bonapartisten anlangt, so wird durch denselben zunächst das offene Zutatentreten des Rückgangs aller legitimistischen und republikanischen Sympathien inauguriert. Die beiden legerwähnten politischen Parteien haben in einem sehr kritischen Momente die Frage an einen ihnen früher zu gleichen Theilen ergebenen Wahlbezirk gerichtet: Sei ihr für Heinrich V., oder für die Republik? Und man hat ihnen geantwortet: Wir sind für keines von beiden, wir wollen das Kaiserreich! Ein Vorgang der nicht verfehlten kann, die überall auf dem platten Lande schlummernden imperialistischen Gesinnungen zu erwecken und ihnen neue Thakraft zu verleihen.

Vor allen Dingen hat ferner das Ergebnis der Wahlen im Calvados auf die Führer der republikanischen Partei einen gewaltigen Eindruck gemacht. Dieselben waren fast siegesgewiß, während die bereits mit dem Fluch der Lächerlichkeit beladen gewesenen Legitimisten nur ein Wenig zu hoffen gewagt hatten. Selbstverständlich suchen nun war die Organe der republikanischen Sache das Ding zu vertuschen, indem sie darthun, daß Herr Aubert, ihr geschlagener Kandidat im Calvados, ebensoviel Stimmen erhalten habe, als Herr Paris im Jahre 1872. Das läßt sich nun allerdings nicht in Abrede stellen, aber mit dem Umstände, daß die Republik in 2 Jahren keine Stimme verloren hat, wird die Tatsache einer nahezu 18fachen Steigerung der bonapartistischen Stimmen in demselben Bezirk nicht aus der Welt verschafft. Da dem von den Republikanern zu ihrem Gunsten zitierten Wahljahr erhielt nämlich der damals unterlegene bonapartistische Kandidat, Herr de Colbert, 2500 Stimmen, während der jetzige Deputierte dieser Partei, Herr Leprovost am Sonntag mit 41,000 Stimmen abgesiegt hat. Facta loquuntur!

Das Bekanntwerden dieses eklatanten Falles wird, wie oben bereits erwähnt, nicht verschaffen, Nachahmung hervorzurufen und man wird sehen, daß die bevorstehenden Wahlen im Loire-, Seine- et Oise-Departement u. s. w. ähnlich ungünstig für die Republikaner aussfallen. Das Ereignis von Calvados thut unvergleichlich dar, daß der größte Theil der französischen Landbevölkerung gewillt ist, sich von dem pariser Parteischwindel zu emanzipieren und Ruhe und Ordnung um jeden Preis herbeizuführen. Was Wunder, daß man gestützt auf Erfahrungen früherer Zeiten, meint, die straffen Biegel des Imperialismus würden die gewünschten Ziele am ehesten herbeiführen?

Die Assemblée, das kalte Kind der modernen französischen Politik, hält gegenwärtig Ferien, aber auch wenn sie tagte, was würde sie thun können? Mehr als einmal hat sie bewiesen, daß sie entweder nicht stark genug oder nicht gewillt ist, Ordnung in das Chaos zu bringen. Man meint, sie werde sich ja auflösen. Gut! aber welche Majorität kann die dann neuwählende Versammlung aufweisen? Entschieden nur eine bonapartistische. Dies aber dürfte gleichbedeutend mit einer sich in aller Ruhe vollziehenden Restitution des Kaiserreiches sein.

H.

Über das im Artikel 9 des Gesetzes vom 21. Mai d. J. vorgelebene Verfahren zur Errichtung einer Stellvertretung oder zur Wiederbesetzung einer „vakanten“ geistlichen Stelle durch Gemeindewahl ist von dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz ein Reglement erlassen worden, dessen wesentliche Bestimmungen laut der „Elberf. Blt.“ folgende sind:

Nachdem mindestens zehn männliche, mit den vom Gesetz vorgeschriebenen Qualifikationen versehene Gemeindemitglieder den bezüglichen Antrag gestellt haben, wobei nach einer Erklärung der bezeichneten Regierung nicht gerade ein Kollektiv antrag nothwendig, sondern verhältnisweise ein von zehn Mitgliedern, sei es gemeinschaftlich, sei es getrennt, gestellter Antrag genügt, stellt der Landrat eine Liste der stimmberechtigten Mitglieder der Gemeinde auf und legt dieselbe vierzig Tage lang zur Einsicht und zur Abbringung von Einwendungen, über welch letztere eventuell die Bezirksregierung entscheidet, auf. Nach Erledigung der Einwendungen, welche binnen vier Wochen zu erfolgen hat, werden die stimmberechtigten zur Beschlussfassung berufen. In

Sonnabend, 22. August
(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

diesem Termine werden die erschienenen und in der Liste verzeichneten Gemeindemitglieder zur Stimmabgabe über den Antrag aufgerufen, worauf j. des verflossenen Stimmzettels abgelegt. Diese dürfen nur „Ja“ oder „Nein“ enthalten. Die Eröffnung der Stimmzettel erfolgt sofort nach beendigter Abstimmung. Der Antrag auf Errichtung der Stellvertretung oder Wiederbesetzung der Stelle ist angenommen, wenn mehr als die Hälfte der Stimmzettel zustimmt. Ist di s der Fall, so wird frühestens vierzehn Tage, spätestens vier Wochen, später ein neuer Termin zur Wahl des Stellvertreters resp. des Kandidaten des Stimmzettels anberaumt. In diesem Termine wählen die erschienenen stimmberechtigten Mitglieder mittels verschlossener Stimmzettel einen Geistlichen, und zwar so, daß derjenige Geistliche als gewählt gilt, welcher die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmzettel erhalten hat. Ist keine absolute Stimmenmehrheit erzielt, so findet engere Wahl zwischen den beiden Geistlichen statt, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Hat einer, ohne die absolute Mehrheit erhalten zu haben, die meisten Stimmen, und sind zweien, welche nach ihm die meisten Stimmen erhalten haben, gleichviel Stimmen ausgefallen, so findet zwischen diesen beiden letzten eine Vorwahl darüber statt, wer von ihnen in die engere Wahl kommen soll. Im nämlichen Termine ist entlich in gleicher Weise ein Repräsentant zur Übertragung des Amtes an den gewählten Geistlichen zu wählen.

Als ein nachahmungswürdiges Beispiel von Fürsorge für die Gesundheit der Kinder in den Volksschulen verdient nachstehende Verfügung der königlichen Regierung zu Oppeln bekannt zu werden:

„Da die Schule die Aufgabe hat, auch für die körperliche Ausbildung der ihr anvertrauten Schüler nach Möglichkeit Sorge zu tragen, ist es Pflicht eines jeden Lehrers, darauf zu halten, daß die Schulkinder gesunde, reine Lust, welche das erste Lebensbedürfnis des Menschen ist, erhalten. Nach den gemachten Erfahrungen wird hierauf nicht in allen Schulen mit der erforderlichen Sorgfalt geachtet, so daß wir uns veranlaßt sehen, die in Rücksicht der Gesundheit für die Lehrer und Schüler in unserer Circularverfügung vom 10. März 1865 getroffene Anordnung, „den Schulzimmern frische Luft zuzuführen“ zur pünktlichen Beachtung hierdurch in Erinnerung zu bringen. Insbesondere bestimmen wir Folgendes: 1) Die Schulzimmer sind vor und nach dem Unterricht durch das Dessen der Fenster gehörig zu lüften. Zur Befestigung der Fenster sind besondere Vorrichtungen (Häckchen) anzubringen. 2) In jedes Fenster eines jeden Schulzimmers ist eine sogenannte Luftschale einzulegen, durch deren Dessen die Lüftung des Zimmers ermöglicht wird, ohne daß ganze Fenster zu öffnen. 3) Den Kindern, besonders in kleinen und verhältnismäßig niedrigen Schulzimmern, ist zu gestatten, dasselbe nach jeder Unterrichtsstunde auf 5–6 Minuten zu verlassen; in diesen Bauten sind Thür und Fenster des Schulzimmers zu öffnen. Königliche Regierung. Abtheilung für Kirchen und Schulwesen. Humberl.“

In Sachen der spanischen Anerkennungsfrage, bezüglich welche man offiziöserseits trotz aller – auch unsererseits – erfolgten Interpellationen noch immer jenes räthelhafte Stillschweigen beobachtet, bringt die Wiener „Presse“ in ihrer Mittwochsnachricht folgenden bemerkenswerten Artikel, den die „Nordb. Allg. Ztg.“, abermals ohne irgend welchen Zusatz, abdrückt. Die „Presse“ schreibt:

„Wir müssten in unserm letzten Abendblatt die Nachricht widerlegen, die Anerkennung der Madrider Regierung von Seite Österreich-Ungarns sei eine vollständige Tatsache. Und wir erfahren, daß auch Niedersachsen und Deutschland selbst, obwohl letzteren den Mächten den Anstoß zu Schritten in diesem Sinne gab, die Anerkennung zur Stunde noch nicht vollzogen haben. Doch können wir, zur Beurteilung unserer Leiter, auf Grund zuverlässiger Angaben, die Hoffnung aussprechen, daß die formelle Anerkennung von Seite der drei Großmächte nicht mehr lange auf sich warten lassen. Grundsätzlich walten zwischen denselben in dieser Angelegenheit kein Meinungsunterschied. Vielmehr ist man hier, wie in Berlin und Petersburg, nur bemüht, auch in diesem Falle jene Harmonie zum Ausdruck zu bringen, welche seit den Kaiser-Zusammensätzen das oberste Gesetz für die Haltung der drei Mächte in allen europäischen Fragen ist. Und es dürfte sich, seitdem Graf Andrássy, durch den Kaiser hauptsächlich um dieser Angelegenheit willen hierher berufen, mit dem deutschen und spanischen Vertreter sich besprochen hat, hauptsächlich nur noch darum handeln, für das gemeinschaftliche Vorgehen der Mächte die richtige Form zu finden. Es begreift sich einigermaßen, daß man äußert, die thatsächliche Regierung in Madrid anzuerkennen, die ihren Ursprung zunächst nur einem Staatsstreit verdankt; denn der Vorgang mit der Anerkennung der Staatsstreits-Regierung Ludwig Napoleons gilt deswegen nicht als maßgebend, weil man damals, abgesehen von den allgemein außerordentlichen Zeitenständen, durch Englands einheitliches Vorgehen einigermaßen gebunden war. Die Anerkennung der madrider Regierung aber davon abhängen zu lassen, daß dieselbe ihre Weihe zuvor durch einen Beschluss der Cortes erhalte, dies mußte, wie wir glauben, gleich anfangs von den Erwägungen der Kabinette ausgeschlossen bleiben, deren Zweck ja wesentlich darauf gerichtet war, Spanien durch die Anerkennung seiner Regierung seine volle Bewegungsfreiheit zu verleihen und jede Einmischung in seine inneren Angelegenheiten zu verbieten. Es dürfte wohl unsere frühere Vermuthung sich bestätigen, daß man die Formwierigkeiten durch die einfache Anerkennung der Exekutivewalt Serrano's umgeht.“

Bedenken von ernsterer Art hat aber das Rundschreiben der deutschen Regierung an ihre Vertreter im Auslande dadurch zu zerstreuen gefucht, daß es in sehr nachdrücklicher Weise betont, daß das deutsche Reich genannte dieselbe Haltung annehmen, wie die europäischen Mächte, und indem es den Wunsch ausspreche, diese möchten sich zur Anerkennung entschließen, lediglich eine moralische Intervention vorzunehmen gegenüber den carlistischen Graufamilien und der französischen Entstellung der monarchischen und konservativen Interessen durch Don Carlos. Die „Presse“ hat, wie unsere Leser wissen, sobald in einem bietigen Blatte der unstrige Gedanke einer einseitigen bewaffneten Intervention Deutschlands in Spanien auftauchte, im Interesse des Bürgerrechts der Freiheit und namentlich im Interesse Deutschlands und Spaniens auf Nachdrücklichkeit hingeklopft und darauf hingewiesen, daß Deutschlands Altion, wenn sie fruchtbringend sein sollte, nur darauf gerichtet sein könnte, in Gemeinschaft mit den übrigen Mächten durch die Anerkennung der Regierung Serrano's dieser die erforderliche moralische Hilfe zu gewähren. Wir haben es sodann als reine Erfahrung bezeichnet müssen, als die „Neue Freie Presse“, um ihre unglückliche Interventions-Politik zu unterstützen, sich behauptete, die deutsche Intervention werde von der madrider Re-

gierung selbst gewünscht. Es war ja so leicht, vorauszusehen, was denn auch wirklich eingetroffen ist, daß solches Gerede den Feinden Deutschlands und Spaniens, den carlistischen Parteigängern aller Orten, willkommenen Anlaß geben werde, ein großes Geschrei über die Sucht Deutschlands, ganz Europa zu dominieren, ja sogar über geheime Abmachungen zwischen Berlin und Madrid zu erheben.

Wie die deutsche Regierung in den Rundschreiben an ihre Vertreter in Holz solcher Institutionen sich genötigt sah, nochmals mit Nachdruck hervorzuheben, daß sie nicht an eine andere als nur eine moralische Intervention und namentlich auch nicht danach denkt, ihre Haltung von denjenigen der übrigen Mächte zu trennen, so war die Regierung Serrano's in Madrid selbst, hier und in Petersburg durch jene Ausstreunungen in die Notwendigkeit verfest, dem Verdacht entgegentreten, daß sie auch entfernt das Verlangen nach einer deutschen Intervention ausgesprochen habe. Wir brauchen gewiß nicht das Nähere auszuführen, wie namentlich die Feudal-Klerikalen in unserem Lande die Waffe benutzt, die ihnen so leichtfertigerweise in die Hand gegeben worden war. Schien doch jetzt auf einmal wieder den alten Niedersachsen einige Begründung verliehen, Deutschland wolle sein Uebergemicht bis in die fernsten Enden Europas fühlbar machen, Österreich solle willentlich in das Schlepptor der deutschen Politik genommen werden u. s. w. Und es fehlt nur noch, um die ehlichen Bemühungen Derjenigen, die für die Anerkennung der Madrider Regierung arbeiteten, zu erschweren, daß gegen unser Kabinet der Vorwurf erhoben wurde, es lasse sich durch gewisse hohe Einflüsse in karlistischem Sinne bestimmen. Wahrlieb, Don Carlos konnte keinen bestossen Vorwurf erhalten, als durch diese seltsamen Politiker.

Zum Glück ist das Faible derselben ein vollständiges. Hatte schon die ganze liberale Presse, diejenige Deutschlands nicht in letzter Reihe, mit Einmuthigkeit und Nachdruck gegen eine einseitige Intervention sich erklärt, so ist diese durch die loyalen Eröffnungen sowohl der deutschen als der spanischen Regierung nun auch definitiv als absurd aufzufassen und damit ein großer Stein des Anstoßes beseitigt, dem seither die Anerkennungsfrage begegnet. Wir dürfen jetzt getrost der raschen und entscheidenden Entschiebung Österreichs und Russlands entgegensehen und den moralischen Erfolg Deutschlands in dieser Angelegenheit, sowie sein Verdienst um die Sache der Freiheit in Spanien und Europa um so rückhaltsloser mitfeiern, je energischer es den Eingebungen einer übrigens leicht verkehlichen Leidenschaft und jenen unbefeuerten Räthelnden widerstanden hat, deren Gefahren die „Presse“ sich schmeicheln darf, mit einem Erfolg bekämpft zu haben.“

Deutschland.

Berlin, 21. August.

— Im Reichstage ist wiederholt hervorgehoben worden, daß die landesgesetzlichen Vorschriften, insoweit sie je nach Verschiedenheit der Religion abweichende Formlichkeiten für die Eidesleistung bestimmen, unhaltbar geworden seien. So beschloß der Reichstag am 10. Juni 1868, die auf die Abschaffung der bei den Judenteiden üblichen Formlichkeiten sich beziehende Petition des Partikulars Stornberg dem Bundeskanzler mit dem Erfassen zu überweisen, dieselbe der Civilprozeßordnungs-Kommission zur Berücksichtigung bei Ausarbeitung der neuen Civilprozeßordnung zuzustellen. Die Mehrzahl der Regierungen vertrat im Bundesrathe die Ansicht, daß der in Preußen durch das Gesetz vom 15. März 1869, betreffend den Eid der Juden, bestete Weise sich für das Bundesgebiet nicht empfehle, da hieraus in einzelnen Rechtsgebieten des Bundes eine Sonderstellung der Juden sich ergeben würde, welche nur dadurch beseitigt werden könnte, daß eine allgemeine, für alle Eidspflichtigen ohne Rücksicht auf das religiöse Bekenntnis geltende Eidesform eingeführt würde. Der Entwurf einer deutschen Civilprozeßordnung ist bestrebt, dies zu thun, indem er bestimmt, daß der Eid mit den Worten: „Ich schwör bei Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden“ beginnt, und mit den Worten: „So war mir Gott helfe“ schließt, dem Schwören aber gestattet ist, diesen Worten eine seinem Glaubensbekenntniß entsprechende weitere Bekräftigung beizufügen.

— Es ist in jüngster Zeit zumeist auch in Folge von Anträgen des Reichstages seitens der Militärverwaltung erwogen worden, ob es ratsam wäre, zur Hebung des Veterinärwesens die Anforderungen zur Zulassung zur Laufbahn der Militär-Rohrärzte zu erhöhen. Es war die Absicht, das Zeugnis der Reise einer Realschule erster Ordnung oder der Prima eines Gymnasiums zu fordern; man hat indessen von diesem Plane um so mehr Abstand nehmen zu müssen geglaubt, als man hierdurch befürchtet musste, den Erfas an Rohrärzten in der Armee zu erschweren. Maßgebend bleibt für Civil- und Militärarzten das Zeugnis der Reise zur Sekunda eines Gymnasiums, für die Militärarzten treten Ausnahmen in dieser Beziehung nicht mehr ein, vielmehr wird von ihnen sogar in Zukunft die Befähigung des Einjährig-Freiwilligen gefordert werden. Ferner ist beschlossen worden, noch andere Maßregeln, namentlich durch Errichtung der Ober-Rohrärzt-Stellen zu treffen, um das fortgesetzte Streben nach höherer wissenschaftlicher Bildung unter den Militär-Rohrärzten zu erhalten.

— Die Verhandlungen mit dem Grafen Otto von Stolberg-Wernigerode werden von der Regierung in dem Sinne fortgeführt, einen Mittelweg zu finden, welcher den Ansprüchen des Grafen noch einen mehr scheinbaren Spielraum läßt und zugleich den in der letzten Session des Landtages extrahierten Beschlüssen des einen Faktors der Gesetzgebung nicht geradezu entgegenläßt. Die Verhandlungen charakterisieren sich als eine Fortsetzung der Abmachungen, welche bereits vor dem Zustandekommen der Kreis-Ordnung eingeleitet wurden und am 5. Oktober 1872 zu einem vorläufigen Abschluß führten, auf Grund dessen schon am 3. März 1873 dem Abgeordnetenhaus ein Gesetzentwurf über Einführung der Kreisordnung in der Grafschaft Wernigerode vorgelegt wurde, der wegen des kurzen darauf erfolgenden Schlusses der Sitzungs-Periode nicht zur Erledigung kam. Der hiermit übereinstimmende Entwurf, welchen die Staatsregierung am 16. November 1873 wiederum unterbreitete, wurde vom Abgeordneten-

hause in wesentlich veränderter Gestalt angenommen, scheiterte aber an dem Widerstande des Herrenhauses, welches unter Zustimmung und auf den Rath der Regierung die wesentlichen Bestimmungen in ursprünglichen den Ansprüchen des Grafen sehr günstigen Fassung wiederherstellte. Damals erklärte die Regierung:

„Es entspreche der Gerechtigkeit, daß dieselbe mit dem Grafen Stolberg über diejenigen Modifikationen der dem letzteren zustehenden und vertragsmäßig gesicherten Rechte verhandle, welche ihr im allgemeinen Staatsinteresse zur Durchführung eines allgemeinen organisatorischen Landesgesetzes notwendig erschien. Durch ein williges und opferbereites Einsehen auf die Anforderungen der königl. Staatsregierung hätte der Graf Stolberg seinerseits in der eifreilichsten Weise zu erkennen gegeben, daß er seine persönlichen Rechte und Ansichten dem allgemeinen Staatsinteress zu unterordnen verstände. Das Resultat dieser Vereinbarungen liege nun der Landesvertretung der verfassungsmäßigen Beschlagnahme vor. Dieser Sachlage nach könne von der Landesvertretung nur die Annahme oder Ablehnung der Vorlage im Ganzen ausgesprochen werden.“

Wenn die Regierung ihrerseits noch heute von diesem Gesichtspunkte ausgeht und der Graf Stolberg seinerseits den Forderungen des Abgeordnetenhauses nicht weit genug entgegengestellt, so wird die Grafschaft Wernigerode noch lange auf die Kreisordnung zu warten haben.

— Die „Volks-Ztg.“ bringt eine neue Mittheilung zum Fall Werner, bekanntlich hat es der Kaiser, indem er das über den Kapitän Werner gefallte freisprechende Urteil bestätigte, für nötig befunden, gleichzeitig das Verhalten des Kapitäns in einer besonderen Orde zu missbilligen. Wie nun die „Volks-Ztg.“ bemerkt, ist diese Orde nicht an Werner, sondern an die Admirälität gerichtet worden. — Über die durch den Werner'schen Fall angeregte Frage, wie das Auswärtige Amt auf die Action kommandirender See-Offiziere einwirken soll, sagt die „Kielner Zeitung“:

„Nicht jeder Offizier kann ein Staatsmann und soll ein Diplomat sein. Wir sagen, er soll es nicht sein, denn wohin sollte es führen, wenn jeder Schiffskommandant den Ehrenzempfänger auf eigene Faust Politik zu treiben. Sollen unsere Schiffe im Dienste der hohen Politik verwendet werden, so gebe das Auswärtige Amt dem Eskadrechef einen diplomatischen Agenten zur Seite, der für alle politischen Akte die Verantwortung übernimmt. Dies Verfahren ist bei allen Nationen in Gebrauch, es ist das einfachste und natürlichste; Schiffsführer ohne diplomatische Beirath aber sollen sich hüten, auf eigene Hand Politik zu machen. Man mag für Werner noch so viel Sympathie haben, man wird nicht die Ansicht vertreten können, daß ein Offizier in den verantwortlichsten Stellungen den Neigungen seines Herzens oder seinem politischen Ermessen folgen darf. In der That bedarf es hier der bestimmtesten Feststellung der Kompetenzbefugnisse. Das Reichskanzleramt ist nicht im Unrecht, wenn es dies verlangt, aber im Irrthum ist es wahrscheinlich, wenn es befürchtet, daß das Verhalten Werners in der Vigilante-Affäre in den Traditionen der Marine als maßgebender Präzedenzfall sich gewissermaßen fortsetzen wird.“

— Eine dringende Aufgabe der Lehrer ist die Ueberschrift eines an der Spize der neuesten Nummer der „Schles. Schulzeitung“ stehenden Aufrufs, welcher allen Lehrern ans Herz legt, zur Aufklärung des Volkes über den Geist des Zivilstandsgesetzes gegenüber den verwirrenden und das Gesetz verdächtigenden hierarchischen Einflüssen beizutragen. Es heißt darin

Unsere, der Lehrer, Pflicht ist es nun in erster Linie, Belehrung und Aufklärung über dieses neue Gesetz im Volke zu verbreiten und dadurch zu beflägen, daß wir unsere Stellung im Volke recht ausspielen und auch ausfüllen vermögen. Wir haben es an diesem Orte wiederholt betont, und auch auf der allgemeinen Lehrer-Vergammlung wurde mit Nachdruck hervorgehoben, es sei eine Aufgabe des Lehrers namentlich in der heutigen Zeit, auch außerhalb der Schule seinen Beruf, Lehrer und Erzieher des Menschengeschlechtes zu sein, zu behaupten. Hier liegt nun nicht bloß die Gelegenheit, sondern die Notwendigkeit zur Erfüllung dieser Aufgabe vor, es breitet sich vor den Lehrern, vor Augen, auf dem Lande, ein Arbeitsfeld aus, was er mit fleißiger Hand bebauen soll. Der Segen hierfür wird nicht ausbleiben, auch für ihn nicht; denn er wird sich auf diese Weise eine Stellung erringen, die ihm Achtung im Volke verschafft.

Sonderburg, 18. Aug. Wie neulich gemeldet, sind die Schriftsteller der „Dybbelpost“, Dänen von Geburt, wegen ihrer Mitwirkung zur Herstellung einer staatsfeindlichen Zeitung, ausgewiesen worden. Die „Dybbelpost“ gibt nun folgende Erklärung ab:

Da wir bis jetzt andere hinreichende Kräfte an Stelle der ausgewiesenen Typographen, von denen bereits zwei heute abgereist sind, um andere Arbeit zu suchen, nicht haben bekommen können, und es

noch schwieriger geworden ist, Typographen zu bekommen, da der Polizeimeister auf diessfällige Vorfrage erklärt hat, daß weder norwegische, schwedische oder andere ausländische Typographen angenommen werden dürfen, sondern nur solche, welche preußische oder deutsche Untertanen sind, so müssen die Leser entschuldigen, daß das Blatt vorläufig in etwas kleinerem Format erscheint, und an einzelnen Tagen vielleicht gar nicht. Wir nehmen an, daß die Herausgeber den Schaden, den das Blatt dadurch erleidet, erstattet zu bekommen suchen, indem sie die Bekommenden gerichtlich belangen.“

Lübeck, 17. August. Der General-Feldmarschall Graf v. Moltke ist am Sonnabend mit dem Extrazuge, der den Generalestab hierher brachte, von Berlin abgefahren, in Ratzeburg ausgestiegen und bei seinem dort wohnenden Bruder bis zum Abgang des letzten Zuges geblieben. Am bissigen Bahnhof stand eine zahlreiche Menschenmenge, die den Feldmarschall mit lautem Zuspruch begrüßte. Graf von Moltke hat auf seinem Wunsch Privatquartier erhalten, die Offiziere des Generalestabes sind im Hotel Stadt Hamburg und in Hahn's Hotel abgestiegen. G. Stern prangte die ganze Stadt im festlichen Flaggenmack, der Feldmarschall besuchte den Gottesdienst in der St. Marien-Kirche und machte dann dem Bürgermeister Dr. Curtius, den ihn bei seiner Ankunft auf dem Bahnhof empfangen hatte, seinen Gegenbesuch. Um 4 Uhr fand ein Ballen im Tivoli statt, zu welchem außer den Mitgliedern des Senates namentlich der Präsident des Ober-Appellationsgerichtes, so wie der Würdführer der Bürgerwacht und des Bürgerausschusses nebst ihren Stellvertretern geladen waren. Nach dem ersten Toast auf den Kaiser, vom Bürgermeister Dr. Curtius aufgebracht, folgte von eben demselben der Willkommungstost auf den Ehrenbürger unserer Stadt, den General-Feldmarschall Grafen Moltke, welchen dieser in längerer Rede mit einem Hoch auf die Stadt Lübeck erwiederte. Nach aufgehobener Tafel verflügten sich die Gäste in den Garten, wo Feierstaltung, Konzert und später Illumination stattfand.

Breslau, 19. August. Vor etwa zwey Monaten hat Herr v. Kirchmann, bekanntlich einer der Reichs- und Landtagsabgeordneten für Breslau, unter dem Titel „Über parlamentarische Debatten“ einen Vortrag, den er in der Berliner philosophischen Gesellschaft gehalten, als Broschüre herausgegeben. Diese Schrift ist gegenwärtig in den breslauer Zeitungen Gegenstand der lebhaftesten Förderungen geworden, und zwar weil Kirchmann darin den kirchenpolitischen Konflikt in einer Weise bespricht, wie man es von einem Liberalen nicht glaubte erwarten zu sollen. Er sieht sich sachlich geradezu auf die Seite des Ultramontanismus, wenn er natürlich auch von anderen Gesichtspunkten ausgeht und andere Ziele erstrebt. Er verwarf den Altkatholizismus, wie er auch der liberalen Richtung im Protestantismus skeptisch gegenübersteht, er hält überhaupt alle kirchlichen Reformparteien für prinzipiell und unfruchtbare, und er stimmt demgemäß der ultramontanen Auffassung bei, welche das Verfahren auf dem vatikanischen Konzil für durchaus legal nach katholischen Begriffen, die Maigesetze für eine Verleugnung der Glaubensfreiheit erklärt und das Recht des Staates bestreitet, die Grenzen seiner gesetzgeberischen Befugnisse allein zu bestimmen. Die „Schles. Presse“, welche früher einen Abdruck dieser Anschriften in deren erster Bearbeitung Herrn v. Kirchmann gegenüber abgelehnt hatte, hatte aus diesem Anlaß damals zugleich ihre Verbindungen mit ihm abgebrochen. Dieser Tage ist nun auch die „Bresl. Morgen-Ztg.“ mit einer entschieden ablehnenden Besprechung jener Schrift aufgetreten und erklärt, daß Herr v. Kirchmann ihr Wahlkandidat nicht mehr sein werde. Die „Morgen-Ztg.“ ist aber das eigentliche Lokalblatt der Fortschrittspartei, welche Herr v. Kirchmann bisher vertrat. Kandidat der national-liberalen Partei ist Herr v. Kirchmann schon bei den letzten Wahlen nicht gewesen, sondern dieselbe stimmte nur darum für ihn, weil seine, des bisher im Besitz des Mandats beständlichen Abgeordneten Wiederwahl am leichtesten das für notwendig gehaltene Zusammensein der beiden liberalen Parteien zu ermöglichen schien. Nach seinem Verhalten bei der Abstimmung über das Elsaß-Lothringische Verwaltungsgesetz, den § 1 des Militärgegesches u. s. w. würde die national-liberale Partei, wie die „Schles. Presse“ sagt, sich schwerlich dazu verstanden haben, ihm noch einmal ihre Stimmen zu geben; und wenn man dies auch aus der Mitte der Fortschrittspartei jetzt öffentlich ablehnt, so dürfte über das Schicksal einer Kirchmann'schen Kandidatur bei der nächsten Wahl definitiv entschieden sein. Die Fortschrittspartei durfte auch noch besondere Grund haben, mit Ausführungen jener Schrift unzufrieden zu sein; die „Schlesische Zeitung“ liest in derselben zu ihrer „Freude“, daß keines jener „abstrakten Prinzipien, wie Frei-

heit der Person, des Eigentums der Wissenschaft, Trennung der Kirche vom Staat“ usw., die man 1848 als theure Errungenschaften der Revolution begrüßte, absolute Geltung beanspruchen könne, daß sich vielmehr jedes eine Beschränkung durch andere an sich gleichberechtigte Prinzipien gefallen lassen müsse, wenn die bürgerliche Gesellschaft dabei bestehen bleiben sollte.“

Kassel, 20. August. Das Organ der renitenten Geistlichen, die „Hess. Bl.“, kündigt neulich an, ihre nächste Nummer werde wegen des „allerhöchsten Geburtsfestes Sr. L. Hoheit des Kurfürsten“ zwei Tage früher als üblich erscheinen. Man dürfte also wieder auf Extraleistungen dieses Organs gesetzt sein. Und in der That die heutige Fest-Nummer bietet wieder allerlei, das nicht im Verborgenen zu blühen verdient. Die „Hess. Bl.“ bringen ein Gedicht: „zum 20. August“, in welchem der frühere Würtzregent in den hochübenden Phrasen gefeiert wird. Folgende Stellen mögen daraus hier Platz finden:

„Dir unsern Gruß und neuen Schwur! Dir Gottes reichsten Segen! Er leite Dich von fremder Flur zu unsrer Hoffnung Wegen! ... Dir, unserm Herrn, die alte Treu, bewahrt in schweren Zeiten! Dir unsre Liebe, ewig neu, bewahrt in Kampf und Streiten! Dir, treuer Hessen Stolz und Mut, Dir Treue, Dir der Liebe Gluth, Dir Heil für alle Seiten!“

In einem Aufsatze „Der Treue Gruß“ wird dann des Schmerzes des Kurfürsten gedacht. Es finden sich da folgende unvergleichliche Worte:

„Das Land, dem seine Sehnsucht gilt, ist das Vaterland, das wir belagern und beweinen. Wie auch die Zeit verstrichen ist, immer neu wählt das Leid in unserem Vaterland sich auf; denn ein bitteres Woos ist es, daß ein fremder Herrscher uns gebaut, daß ein tief antipathisches Wesen uns umlagert. Wissen wir doch, und selbst unsere örtlichen Väterer sollen es wissen, wie all sein Deutsches Kurfürsten Denken und Sinnen in seinem fürstlichen Beruf aufgegangen und mit der Macht einer seltenen Gewöhnung gefangen war.“

Zum Schluß wird die Zuversicht ausgesprochen, daß bei der absoluten Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes gerade Kursachsen sich in der künftigen Neugestaltung wieder emporringen werde, das Blatt ist nur in Zweifel, ob die Dinge sich so schnell entwickeln, daß das Leben unsres Kurfürsten ausreicht, um es zu erleben; doch es hofft dies und sagt: „Auf Wiedersehen zur fröhlichen Feier des 20. August über's Jahr auf Wilhelmshöhe.“

Düsseldorf, 17. August. Vom bissigen Oberbürgermeister-Amt ist folgende Bekanntmachung erlassen worden: In neuerer Zeit sind in hiesiger Stadt wiederholt Fälle vorgekommen, daß durch Theilnehmer an Prozessionen vorübergehende Personen durch Abschlagen der Kopfbedeckung und durch Schimpfreden insultirt worden sind. Es wird deshalb zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß solchen Unzügen in entschiedener Weise entgegentreten werden wird und daß sämmtliche Polizei-Beamten angewiesen sind, alle Personen, welche sich descartige Höchheiten zu Schulden kommen lassen, ohne Weiteres zum Polizei-Amt vorzuführen, damit nach Feststellung der Identität die gerichtliche Bestrafung veranlaßt werden kann.

Franreich.

Der telegraphisch schon signalisierte Brief, welchen Marshall Bazaine von Köln aus an den französischen Minister des Innern gerichtet hat, lautet folgendermaßen:

Köln, 18. August.

Herr Minister! Herr Oberst Billiette, mein früherer Adjutant und jetzt mein Freund, hat in Bezug meiner Entweichung gar keine Verantwortlichkeit zu übernehmen. Er wußte nichts von meinem Vorhaben und am Abend des 9. d. M. haben wir uns zur gewöhnlichen Stunde von einander getrennt.

Mein Diener, August Barreau, 18 Jahre alt, der nur selten mein Zimmer betrat, befindet sich in demselben Falle.

Ich allein habe unter Mitwirkung meiner Frau und des Meisters derselben gehandelt, was gethan werden mußte, um mein gefährliches Herabkommen (dessen perilleuse) zu bewerkstelligen. Der Strick mit Knoten, deinen ich mich bediente, war 26 Meter lang und ich habe das mit starken Quetschungen und Rissen an meinen Kleidern und an meiner Haut zählen müssen.

Sowohl der Direktor wie seine Agenten haben zu keiner Zeit in ihrer strengen Aussicht Fahrlässigkeit eintreten lassen. Sie

nur Untertanen des polnischen Reiches, sondern auch des Grundschenk waren. Bei einem heimlichen Abzuge hätten sie ihre bewegliche Habe im Stiche lassen müssen. Da ist es denn nun sehr bezeichnend für die damalige Zeit und für die polnischen Verhältnisse, daß die Schaffersdorfer selbst sich von dem preußischen königlichen militärischen Bedeckung abschten, um ihren Übertritt zu bewerkstelligen. Und nachdem Friedrichs II. Bedenken, mitten im Frieden „zu einem Eclat Anlaß zu geben“, überwunden waren, wurde ihnen auch geholfen.

Am 20. Mai 1770 erhielt der Kommandirende der in Pleß garnisonirenden Husaren, Herr v. Woyrsch, eine königl. Kabinettsordre, auf deren Hülle die Worte standen: „Am 25. Mai desselben Jahres, früh 3 Uhr, zu eröffnen“. Zur bestimmten Stunde erbrach der Offizier das Siegel und las ungefähr folgende Worte: „Angesichts dieses wird Lieutenant Woyrsch die Eskadron zusammenblasen und dieselbe auffischen lassen, über die Weichsel nach Schaffersdorf eilen und die reformirten Bewohner dieses Dorfes mit ihrem Vieh und beweglichem Eigentum in die Herrschaft Pleß überführen. Doch muß dies ohne großen Eclat geschehen, leinam Menschen ein Haar gekrümmt und jeder reformirte Einwohner glücklich über die Weichsel gebracht werden. Der Lieutenant Woyrsch birgt mit seinem Kopfe für die Ausführung.“ Hierach brach die Schwadron alsbald auf, in Begleitung von 300 (nach anderen handschriftlichen Berichten 800 — wohl übertrieben!) in der Stadt und auf den Dörfern, die man passierte, eiligst zusammengebrachten Wagen, überschritt mit Zurücklassung eines Boges zur Führung des Rückzuges die Weichsel und raste mit fliegender Eile in das fremde Land hinein. Schon mit Sonnenaufgang war Schaffersdorf erreicht. Eiligst rüsteten sich die Reformirten zum Aufbruch und ohne daß irgend ein Widerstand seitens des Grundherrn oder der Landesregierung möglich gewesen wäre, wurde um Mittag der Marsch an die preußische Grenze angereten. 64 Familien mit 313 Seelen führte der Offizier mit sich nach Preußen. Nur der Müller des Dorfes hatte, obwohl evangelisch, in Auswanderung verschmäht, wogegen eine katholische Familie zu ihm auswandernden Dorfgenosse hielt. Noch am Abend übertritt' er die Weichsel und übernachtete in dem preuß. Grenzdorf Miedau. Am folgenden Tage erreichte er gegen Mittag den Ort, welchen Fürst Friedrich Erdmann den Autümmlingen zur neuen Heimat stimmte hatte.

Friedrich hatte sich in seinen Erwartungen nicht getäuscht. Jetzt die beiden freundlichen Dörfer Alt- und Neu-Anhalt zum

Saisontheater.

Am Donnerstag begann eine den Posenern von ihrem früheren hiesigen Engagement bekannte junge Künstlerin ein kurzes Gastspiel: Fräulein Marie Meissner vom Stadttheater zu Königsberg. Wir haben über ihre früheren Leistungen kein Urtheil, da wir sie nicht gesehen haben; ihre jüngste jedoch — Margaretha Westerm in dem alten Blum'schen Lustspiel „Erziehungsergebnisse“ — ließ uns ein recht beachtenswertes Talent erkennen. Die Rolle gehört zu den sogenannten „Paradeperden“, auf welchen sich alle Virtuosinnen und alle Schauspielerinnen, die sich dafür halten, herumtummelten. Es ist deshalb kaum möglich, sie in noch nicht dagerwesener Art zu spielen. Aufführung und Durchführung sind einmal fest bestimmt, und wenn eine Darstellerin durchaus Neues bieten will, ist sie auf die sogenannten „Nuancen“ angewiesen; da läßt sich denn allerdings hier und da noch Einiges anbringen. Frl. Meissner hat ihre Vorgängerinnen unverkennbar mit Eifer studirt und Manches von ihnen gelernt. Sie trifft den naien Ton für die auf dem Lande erzeugene Margaretha, die sich ihrer städtisch herangebildeten Cousine in jeder Hinsicht so weiß überlegen zeigt, recht glücklich, bewegt sich mit Anmut und erträgt gelt auch nicht des natürlichen Humors. Frl. Meissner ist keine Virtuosin und will auch keine sein; sie spielt naturgemäß, d. h. sie überlässt die Rolle nicht mit Schnurrelfereien. Bei weiteren Fortschritten in ihrer künstlerischen Entwicklung, die gewiß nicht ausbleiben werden, wird sie voraussichtlich den Pointen des Dialogs noch mehr Aufmerksamkeit widmen und dadurch ihrem Spiel ein eigenartiges Gepräge geben. Sehr erfreut waren wir übrigens, daß Margaretha, die sich am Schlüß des ersten Akts in einer „kalten Oktobernacht“ bei offenem Fenster schlafen legte, im Beginn des zweiten ohne Schnupfen oder Heiserkeit aufstand.

E.

Ein Stückchen vom alten Friß.

Das „Neue Reich“ erzählt unter diesem Titel eine Episode aus dem Leben Friedrichs II., welche für die Art der damaligen politischen Beziehungen Preußens zu dem in seinen leinen letzten Blüten liegenden Franken Polen reich, für den Grad der Achtung, in welchem dieser Staat bei seinen Grenznachbarn stand, und zugleich für das energische Auftreten des großen Königs in allen Angelegenheiten, welche das Wohl seines Landes zu befördern versprachen, ungemein

haben ihren Dienst mit strenger Regelmäßigkeit versehen und keiner von ihnen darf für meine Flucht verantwortlich gemacht werden.

Herr Marché, über den ich mich trotz seiner delikaten Aufgabe nur lobend aussprechen kann, ist mit mir bis gegen 10 Uhr Abends zusammen geblieben. Als ich ihn verließ und nachdem ich dem Oberst Billeter, dessen Abreise seit mehreren Tagen bereits auf Montag, 10. August in aller Frühe festgesetzt war, Lebewohl gesagt hatte, konnte ich mich, anstatt mich in mein Zimmer begeben, den Blicken des Wächters entziehen, der meine Thür schließen sollte und der überzeugt sein musste, daß ich eingetreten sei.

Es hat mich höchst unangenehm berührt, daß das Realement vom 25. Mai 1872 in Betr. der Gefangenisse auf mich angewandt worden ist. Man hat mir die Möglichkeit entzogen, meinen regelmäßigen Spaziergang anders, als auf dem beschäf. den ganzen Tag hindurch der brennenden Sonne des Südens ausgesetzten Raum zu machen. Ich hatte erwartet, daß man mich unter die Aufsicht des Militärkommendanten des Forts stellen würde.

Wenn ich nicht diesem demütigenden Regime unterworfen worden wäre, vor dem mich meine Vergangenheit hätte bewahren sollen und das in meinen Augen schlimmer war als der Tod, so würde ich gehandelt haben, wie in Verfaßungen und Trianon; ich hätte nichts unternommen, um die Freiheit wieder zu erlangen, aus Achtung vor der Uniform, die ich mit allen Ehren (troshonorablement) fast ein halbes Jahrhundert hindurch getragen habe.

Mit einem Worte, Herr Minister, ich habe mich berechtigt gefühlt zu handeln, wie ich es gethan habe, weil der Grundatz des öffentlichen Rechts, daß: kein Urtheilspruch gesetzlich berechtigt ist, wenn er nicht von dem Angeklagten Gleichgestellt gegründet wird (que nulle sententia n'est legitimate, si elle n'est rendue par les Pairs du Procès), ein Grundsatz, welchen sogar die Anarchie und die Gewaltthäufigkeiten des Mittelalters respektirt haben — nicht zur Anwendung gebracht worden ist in Bezug auf

Ihren Diener
Marshall Bazaine.

Tagesübersicht.

Posen, 21. August.

Trotz Nautilus und Albatrioz herrscht noch immer Stilleben in der Politik, und wäre nicht ab und zu die Reise eines Potentaten zu verzeichnen, so hätte der Telegraph über Ereignisse auf deutschem Boden kaum etwas zu melden. Das politische Leben der Nation befährt sich fast ganz auf Vorbereitungen zur Sedanfeier. In vielen größeren und kleineren Orten Deutschlands ist bereits das Fesiprogramm aufgestellt; in der Provinz Posen wird es kaum ein Städtchen geben, wo dieser Nationalfesttag nicht in patriotischer Weise begangen werden wird.

Die gestrige Sitzung der französischen Permanenzkommission scheint, den vorliegenden Telegrammen nach zu urtheilen, ruhiger verlaufen zu sein, als man erwartet hat. Sowohl die republikanischen wie die legitimistischen Abgeordneten haben darnach von dem Wunschzettel, welche ihnen die Presse ihren Parteien darbot, verschiedene Punkte gestrichen: die republikanischen nämlich die Verhaftungen in Marseille, die verpätete und parteiische Abfertigung der Wählerlisten, die Unterdrückung der republikanischen Journale, sowie die Suspension der Gemeinderäte in Perigueux und Narbonne, die legitimistischen endlich die Drenoqué-Frage. Auch die Frage wegen der Anerkennung Spaniens scheinen die Lüttneritter mit größerer Zurückhaltung behandelt zu haben. Als ihre Preistrabanten prophezeiten und wünschten: der Antrag auf Einberufung der Nationalversammlung zum Zweck der Beratung über die Anerkennungsfrage wurde dem Anschein nach gar nicht erst gestellt und die Wortführer der Legitimisten wußten gegen die Anerkennung kein besseres Argument vorzubringen, als daß Don Carlos könnte, wenn er erst König von Spanien wäre, der französischen Regierung ihren jetzigen Beschluss nachzutragen. Die Mäßigungen, die sich die Permanenzkommission auflegte, hatte ihren Grund wahrscheinlich in dem vorher offiziös kolportirten Entschluffe der Regierung, die Interpellationen nur bezüglich der darin vorgebrachten Thatsachen zu beantworten, sich auf eine Diskussion jedoch nicht einzulassen.

Die militärischen Rüstungen der Pforte, namentlich die Verstärkungen der Truppen in Albanien und Bulgarien, auf welche wir bereits hingewiesen, werden in Berliner diplomatischen Kreisen als die Einleitung einer Aktion zur Umstaltung der Thronfolge-Ordnung betrachtet. Nach dem Gesetz, welches seit fünf Jahrhunder-

fruchtbare Felder und blühender Gärten stehen, — die Seelenzahl ist seitdem auf 1000 gestiegen — dehnten sich zur Zeit der Einwanderung Wälder und Sumpfe aus. Durch die Unterstützung der Regierung und des Fürsten gelang es den Familien, nicht nur sich selbst bald Häuser und für das mitgebrachte Vieh Ställe, sondern auch eine Kirche und eine Schule zu erbauen. Derselbe Schleiermacher, welcher sich so viel Verdienste um die Überführung der Gemeinde nach Preußen erworben hatte, wurde 1778 ihr erster Prediger. Dessen 1768 zu Breslau geborener Sohn Friedrich verlebte hier seine Kinderjahre, bis er 1783 Aufnahme in der Erziehungsanstalt der Brüdergemeinde zu Niesky in der Oberlausitz fand.

Die materielle Wohlfahrt der Bewohner der beiden Dörfer hat sich seitdem stetig gehoben, das in ihnen herrschende sittliche Leben nicht von dem der meist polnischen Nachbardörfer heute noch wohlthuend ab.

* Ein Stückchen Berliner Leben. Die "Trib." erzählt aus Berlin: In dem Comtoir einer hiesigen Firma erschien bis vor Kurzem allmonatlich eine junge Dame und empfing von dem Chef, resp. in dessen Auftrag eine Summe Geldes, die je nach der Laune des Prinzipals die Höhe von 50—100 Thlr. erreichte. Niemand wußte, wer sie sei, was sie treibe. An einem der leichtverlorenen Monatsketten nun erschien die Dame wiederum und bat um das für sie bestimmte Geld. Man fragte ihr unter Bedauern, es sei diesmal nichts angewiesen. Erstaunt hat die Bettstellerin, sie zum Chef zu führen und wurde leichenblau, als man ihr den vor einigen Tagen erfolgten Tod desselben ankündigte. Sie verließ das Haus und wird, da der Verstorbene, wie es heißt, im Testamente ihrer nicht gedacht hat, wohl zur Nadel greifen müssen, um durchzukommen, was ihr nun so schwerer werden dürfte, als sie die Tochter des Verstorbenen ist. Die Armut hatte als lebendiges Zeichen einer Jugendliebe des nun heimgegangenen Mannes vor längerer Zeit einen Kaufmann geheirathet, der mit den vom Schwiegervater ihm geschenkten 5000 Thaler vorgezogen hat, übers Meer zu gehen und seine Frau fügen zu lassen, die von diesem Zeitpunkt an von den allerdings reichlichen Almosen des Vaters lebte. — Der Verstorbene, übrigens bekannt durch seine Reellität, hat ein großes Vermögen hinterlassen, in welches sich ein Schwiegersohn, der Offizier sein soll, und sein Sohn teilen werden. Der Verstorbene hat Europa seit langer Zeit aus prangenden Gründen verlassen; er wird auch kaum zur Erhebung der Erbschaft hierher kommen können.

* Eine heitere Diebesgeschichte spielte dieser Tage in einem Hause der Friedrichstraße nahe der Weidendamerbrücke zu Berlin.

ten die Erbfolge der Dynastie regelt, ist stets das älteste männliche, auf dem Throne geborene Mitglied der kaiserlichen Familie der rechtmäßige Beherrscher des Reiches. Es bestand demnach bei dem Tode des Sultans Abdul Medschid (25. Juni 1861) dessen Bruder Abdul Aziz den Osmanischen Thron, während die sieben Söhne des Ersten sich einstweilen ins Privatleben zurückzogen. Der gegenwärtige Sultan hat vier Söhne, von denen der älteste Jussuf-Ezaden am 9. Oktober 1857 geboren wurde, also nicht auf dem Throne geboren, folglich überhaupt nicht erbfähig ist, so lange auf dem Throne geborene Prinzen existieren. Die anderen drei Söhne wurden nach der Thronbesteigung des Vaters geboren. Demnach ist der älteste Sohn des Sultans Abdul-Medschid, der am 31. September 1840 geborene Murad-Essendi der gesetzliche Thronfolger. Der Großvezier Hussein Avni-Pacha soll Alles ausrichten, den Prinzen Jussuf-Ezaden bei den Großwürdenträgern des Reiches beliebt zu machen und den intimsten Wunsch des Sultans nach Aenderung der türkischen Thronfolgeordnung zu realisieren. Ob die nach der geltenden Norm berufenen Thronerben sich zum Bericht auf ihre Rechte zu Gunsten der neu aufzurichtenden Ordnung bereit erklärt haben, oder nicht, darauf kommt hier nicht an. Es handelt sich lediglich um die Frage, ob die gesammten europäischen Mächte, welche die jetzige Thronfolge anerkannt haben, auch der projektierten zustimmen werden, die keineswegs als eine bloß innere Angelegenheit der Pforte zu betrachten ist. Die Fürsten von Serbien und von Rumänien und der Khedive von Egypten haben dem rechtmäßigen Sultan des osmanischen Reiches als ihrem Suzerän gehuldigt und kann ihnen nicht zugemutet werden, so ohne Weiteres einen Sultan als Suzerän anzuerennen, welcher den Thron nicht durch den seit Jahrhunderten bestehenden Rechts bestiegen hat. Wie nun Berliner Blätter auf Grund von Mittheilungen aus diplomatischen Kreisen wissen wollen, ist die Mehrzahl der Mächte der Ansicht, daß die Aenderung der Thronfolge eine unheilsvolle Maßregel sei, welche zu den bedenklichsten Folgen führen könne, und zwar hauptsächlich deshalb, weil die Art und Weise der Erziehung, welche dem Prinzen Jussuf-Ezadi ertheilt worden, für die Zukunft des Reiches das Schlimmste befürchten lasse. Die englische Regierung soll der Pforte bereits wiederholte Empfehlungen haben, an der alten auf den Koran geheiligten Thronfolge-Ordnung nicht zu rütteln.

Im russischen Marineministerium sollen große Unterschleife entdeckt worden sein. Es ist konstatiert, daß man mehrere tüchtige Schiffe für unbrauchbar ausbrangiert und zu billigen Preisen verkauft hat. Die Untersuchung ist eingeleitet, wird aber im Geheimen geführt.

Obwohl es mit der nächsten Präsidentenwahl in Amerika noch ein Weilchen Zeit hat — sie wird bekanntlich nicht vor November 1876 stattfinden — beschäftigen sich doch die amerikanischen Blätter seit längerer Zeit bereits mit den Chancen derselben. Der Grund dafür liegt in dem Umstände, daß jetzt zum ersten Male ernstlich von einer dritten Wahl desselben Mannes zu der einflussreichen Siedlung die Rede ist. Grant soll und wird wirklich zum dritten Male kandidieren, und merkwürdigerweise hat der Held des Sezessionskrieges in dem besiegten Süden die meiste Aussicht auf Anhänger. Dort würden sich nämlich die Weißen im schlimmsten Falle einen Diktator selbst gefallen lassen, nur um die Neger- und Gaunerwirtschaft, welche die Südstaaten mehr wie der Krieg dem Ruine entgegengeführt hat, loszuwerden. Im Norden herrscht große politische Gleichgültigkeit, so daß das riesige Heer der Beamten, deren Interesse es ist, Grant im weißen Hause und sich im Besitz der Gehälter zu erhalten, keine große Schwierigkeit finden wird in seinen Bestrebungen, zum dritten Male für Grant Wota zu sichern. Der Westen ist allerdings noch zweifelhaft, dort wollen die zahlreichen Farmervereine ihre politische Macht fühlen lassen. Indessen liegt es in der Hand Grant's, diese auf seine Seite zu bringen. Er braucht nur zu erklären, daß er in dem Konflikte dieser Farmer mit den Eisenbahnverwaltungen für die ersten eintreten werde. Grant hat sich in diesem Punkte noch nicht kompromittiert, und kann demnach, zumal die Forderungen der westlichen Vereine keineswegs immer unbillig sind, durch Versprechungen den Westen wohl gewinnen. So bliebe denn

Die militärischen Rüstungen der Pforte, namentlich die Verstärkungen der Truppen in Albanien und Bulgarien, auf welche wir bereits hingewiesen, werden in Berliner diplomatischen Kreisen als die Einleitung einer Aktion zur Umstaltung der Thronfolge-Ordnung betrachtet. Nach dem Gesetz, welches seit fünf Jahrhunder-

Ein Langfinger hatte bei seinen Terrainstudien herausgebracht, daß in einem Hause ein oder mehrere Zimmer der letzten Etagen als Chambre garnies vermietet sein müssten und darauf eines Abenos einen Einbruch geplant. In der Dunkelstunde sah er sich die Treppe hinauf, verschaffte sich mittels eines Nachschlüssels Eingang in ein direkt vom Flur aus zugängliches, nach der Straße belegenes Zimmer und trat geräuschos ein. Vorsichtig verriegelte er eine zweite in ein Nebenzimmer führende Thür, während er die erste, durch die er hereingekommen war, einschloß. Die Luft schien rein und kein Lauscher wach, weshalb unser Dieb in aller Gemüthsruhe den Inhalt von Kästen und Kästen musterte. Im Kleiderkasten fand sich ein alter Vorrrath an Herrengarderobe, was bei der sonst eher auf eine Bewohnerin als auf einen Bewohner deutenden Einrichtung des Zimmers zwar die Verwunderung, jedenfalls aber auch die Freude des Spitzübers erregte, dessen äußerer Mensch schon seit lange dringend einer Renovierung bedurfte haben mochte. Um diese vorzunehmen, zugleich auch sich den Transport des gestohlenen reis zu stehenden Gutes zu erleichtern, beschloß er, sich an Ort und Stelle umzuleiden. Gedacht, gehan. In einem Nu hatte er sich der alten Hölle entledigt und stand im Begriff, ein reines Hemd — ein Damenhemd! Andere hatte er nicht gefunden — anzuziehen, da, hilf Höde, wurde von außen ein Schlüssel ins Schloß gesteckt, umgedreht und — — — Unser Dieb hatte nicht Zeit zu sehen, was vorging, er hatte mit blitzschneller Aktion, was er aus- und was er noch nicht angezogen, unter das Bett geworfen und dann sich selbst unter denselben versteckt. Im nämlichen Augenblick öffnete sich auch schon die Thüre, ein Damenfeld rauschte auf dem Boden, die Besitzerin der Wohnung, eine junge Näherin, war von ihrer Arbeit beimgeschafft. Man kann sich vorstellen, was der Dieb in der furchterlichen Lage unter dem Bett empfand, als er wahrnahm, wie die junge Dame langsam vor den Spiegel trat, Hut und Mantel ablegte und sich es dann, nach beendigtem Tagewerke, in einer Sophaecke bequem mache. Eine Weile hatte sie dagesehen, dann stand sie auf, legte die Robe ab und hing dieselbe in den Kleiderkasten. Mit einem Ausruh der Verwunderung blieb sie vor dem geöffneten Schrank stehen, aus dem, wie sie mit einem Blick bemerkte, der größte Theil ihrer Sachen, darunter auch die kürzlich von einem verstorbenen Bruder geerbte und vorläufig dort aufbewahrte Herrengarderobe, verschwunden war. Eine weitere Umhöhe im Zimmer belehrte sie rasch über das Fehlen ihrer Goldsachen und anderer Wertgegenstände, und ein halb zufälliger, halb instinktiver Blick unter das Bett — — — machte ihr die ganze Sachlage klar. Mit einem Aufschrei des Entsetzens stürzte sie ans dem Zimmer auf den Flur zu den Nachbarn, um deren Hilfe in Anspruch zu nehmen. Jetzt merkte aber auch der Gefangene unter dem Bett, daß für ihn kein Moment mehr zu verlieren sei; hinter der Fleischen aufsprühend, warf er die Thür zu, verschloß und verriegelte dieselbe, löschte das Licht aus und — — — Als man ein paar Minuten später die Thür mit Gewalt aufbrach, war in dem Zimmer von dem Dieb keine Spur; nur das ge-

nur noch die Haltung der nummerisch schwachen Radikalen und rothen Republikaner der Middle-States (namenlich der von Pennsylvania) in Erwägung zu ziehen. Einem soeben aus Philadelphia einlaufenden Telegramme zufolge beabsichtigen diese Parteien nämlich, der Wiederwahl Grants Opposition zu machen und den Gouverneur Harran als republikanischen Kandidaten aufzustellen. Genannter Herr ist unseres Wissens sowohl auf parlamentarischem Gebiete, als im Verwaltungsfache homo novus, und ist daher ein direktes Motiv zu seiner Kandidatur nicht erfindlich. Alles in Allem genommen sind demnach die Chancen Grants nicht übel. Von anderen zwei Kandidaten ist allerdings auch noch die Rede; nämlich von Herrn Washburne, der amerikanischer Gesandter in Paris ist, und von Herrn Blaine, dem Vertreter Maines mit Washington und Shrubber des Repräsentantenhauses. Aber auch diese beiden Kandidaten können Grant keinen Abbruch thun.

Aus Spanien bringen die englischen und französischen Blätter folgende Neuigkeiten: General Babala, welcher sein Hauptquartier noch in Miranda (nordöstl. bei Burgos am Ebro) hat und General Moriones sich immer noch in der Vorbereitung eines kombinierten Angriffs auf Estella befindet. Moriones befindet sich in Ocaña, in nordwestlicher Richtung zwischen Larraga und Estella, ist also ein Stück weiter gegen diesen Punkt vorgerückt. Die Truppen Babala's, über dessen Energiefähigkeit unwillig, verlangen, wie der "Times" aus St. Jean de Luz telegraphiert wird, dessen Abzug. Ein Correspondent der "Independent" dagegen erklärt ähnliche Gerüchte für unbegründet. General Babala, der in der Provinz Valencia kommandiert, hat sein Hauptquartier in Vizcaya. Aus Madrid wird dem "Tempo" telegraphiert, daß auf der Bidafoa noch viele Kriegskontrebande befördert wird bis zur Brücke von Vélez, dem französischen Grenzort, und zwar auf einem kleinen dampfenden Namens Mac Illes. — Aus Barcelona wurde das Gericht verbreitet, die Menge, zur Wuth gereizt durch die Thatache, daß unter den karlistischen Bandenhefs die Priester die schlimmsten seien, hätte Priester mishandelt, durch die Straßen geschleift und sogar an Laternen aufgeknüpft. Die Nachricht wird von Barcelona aus telegraphisch bestätigt.

Das pariser "Univers", daß es wissen muß, erklärt das Manifest des Don Carlos für ekt und flügt dem Dementi der Agence Havas gegenüber bei, dasselbe sei wirklich den Ministern des Auswärtigen der verschiedenen Staaten zugegangen. Es sei von einem Schreiben aus der Feder des Ministers des Auswärtigen des Don Carlos begleitet gewesen. Das an Decazes gelangte habe folgenden Inhalt:

Königl. Hauptquartier Lauretto 7. August 1874.

Excellenz!
Se. Maj. der König, mein erhabener Herr, hat sich in dem beiliegenden Dokumente, welches ich auf seinen Befehl Ihnen zu übergeben habe, an die christlichen Mächte gewandt. Ich hege, indem ich mich dieses ehrenvollen Auftrags entledige, Vertrauen in die Unparteilichkeit und Gerechtigkeit des Kabinetts, dem Ew. Excellenz so würdig vorstehen. Sie wird, ich bin überzeugt, die Prinzipien der Billigkeit und der Politik, die es eingegeben haben, zu würdigen wissen und Se. Excellenz den Präsidenten der Republik unserer edlen und patriotischen Sache günstig stimmen. Zur weiteren Erläuterung des so wichtigen Attentäts erlaube ich mir den Aufruf Sr. Maj. des Königs an alle Spanier, von welchem in jenem Dokumente die Rede ist, beizulegen. Ich benutze die Gelegenheit mich mit der größten Hochachtung u. s. w.

Romualdo Martínez Vinalei.

Die telegraphisch gemeldete Einnahme von Urtzels (Seo d'Urgell) wird bestätigt. Der feste Platz sei nach haräudigem Widerstande durch Verrath gefallen, die aus regulären Truppen und Volontären zusammengesetzte Garnison gefangen genommen und große Vorräthe von Proviant und Kriegsmaterial in die Hände der Carlisten gefallen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 21. August.

(x) Die Ultramontane politische Zunge haben sicher darauf gerechnet, daß die polnische Nationalpartei sich ihnen mit gewohnter Heißblütigkeit in dem Kampfe gegen den Staat zur Seite stellen und dadurch ihrer Opposition eine größere Bedeutung geben würde. Vielleicht hatten sie nach den Ausfällungen der nationalen Polenzeitung in

öffentliche Mansarden beweisen, daß der Kühne sich über die Dächer rückwärts konzentriert halte; in welchem Aufzuge, das hat Niemand gesehen. Sicher ist, daß der Dieb in der Eile und im Dunkeln nichts weiter mitgenommen, als sein eigenes Kostüm.

* Wien, 15. August. Anton Langer erzählt im "Hans Jörgel" folgende lustige Geschichte aus Bielitz: Ein Herr Mr. wird zu einer Hochzeit eingeladen, welche in einem Orte stattfinden sollte, der nur ein paar Eisenbahnstationen von Bielitz entfernt liegt. Er begibt sich also in voller Würde, im schwarzen Frack und Pantalon, in weißen Gilet und Kravatte auf den Bahnhof. Es hat aber ein wenig geregnet und obwohl er sich mittels Paraplu den Cylinder und Frack bereit gemacht hat, so ist doch die schwarze Hose nass und schmutzig geworden. Durch ein Zufall bat unter Hochzeitsbreiter ein Coupé für sich allein beklommen, worüber er sehr froh war. Er hat jetzt begangen Gelegenheit gehabt, seine Hosen zu putzen, weil er aber auf dem Leib nicht gut damit zurecht kommen ist, so hat er's ausgezogen, alle Kothspritzen sorgsam befeitigt, und weil die Hosen auch nass war, die aufs offene Waggonfenster geknallt. Während er beim andern Fenster hinauskauft, kommt ein Windstoß, reißt die Hosen beim Fenster dahin! Unter Hochzeitsgäst steht ein' Schrei des Entsetzens an, denn der großen Hitz wegen hat er keine Unterhose ang'habt. Und nun denke man sich das Kostüm — ein Herr im Cylinder, welcher Kravatte und Gilet, schwarzen Frack, dann aber nix als ein kurzes Hemd, bloße Beine und lackierte Stiefelchen. Die schottischen Hochländer, wie sie Walter Scott schildert, und die französischen Sansculotten haben ein ähnliches Kostüm g'habt, aber keine Cylinder. Er ruft nach dem Konditeur — vergebens! Lebrigens hält' der Konditeur auch der Hosen nicht nachliegen können. In der nächsten Station ist aber der Konditeur kommt, — mit zwei Damen, die er in das Coupé hereinlassen wollt. "Befest! schreit unter Sansculotte, wie wahnhaft! Nicht wahr; 's ist mir eine Person drin," antwortete der Konditeur, die Waggonhülle zuschlägt und der Zug sich in Bewegung setzt, werfen sie ein' Blick auf ihn und stoßen ein' Schrei des Entsetzens aus; die Ältere aber ruft: "Mein Herr, wie kann man in einem solchen Kostüm reisen?" "Was thäten denn Sie?" antwortet Mr., "Wenn Ihnen der Wind die sämtlichen Unterhöfe davonträgt?" Er hat sein Paraplu aufgespannt und damit die bedenkliche Situation etwas gemildert. In der Station, wo er ausgestiegen ist, hat ihm der Konditeur eine schwarze Hose verschafft und so ist er endlich glücklich auf die Hochzeit kommen."

Posen einiges Recht zu d' esem Glauben, und das erklärt ihren großen Ärger über die Enttäuschung und die Angriffe, mit denen die Ultramontanen fast täglich den polnischen Liberalen in der Presse zu Leibe geben. In seinem gestrigen Leitartikel wirft der „Kurzer poganski“ dem nationalen „Dziennik“ geradezu Gesinnungswchsel vor. Bald nach der Stuhlbesteigung des Erzbischofs Ledochowski, in welchem die preußischen Polen einen nationalen Führer erwarteten, habe das (damals hier einzige) Organ des Polonismus das schöne Wort ausgesprochen, daß die polnische Nationalität mit dem Katholizismus aufs Engste verbunden ist und daß derjenige ein „schweres Verbrechen“ begeht, der — nicht an das Berreichen, sondern nur an eine Überierung dieses Bündnisses denkt. Später — wahrscheinlich als Graf Ledochowski sich immer mehr als römischer Jesuit entblühte — möchte der Dziennik vor der Unterordnung unter den „Primas“ ein Grauen erfassen und er formulierte sein Programm in die Worte: „Nationalität und Kirche!“ wobei er also die Kirche noch in die gleiche Linie mit dem Polonismus stellte. Heute aber — wo die Kirche d. h. die päpstliche Partei regierungsfreindliche Bundesgenossen braucht — ist der Katholizismus dem nationalen Blatte nur noch einer der „wichtigsten Faktoren“, den er seiner Achtung versichert, seine Hilfe aber nur soweit zugesagt, als es die Verteidigung der Gewissensfreiheit vom liberalen Standpunkte aus gebietet, woran dem reaktionären Ultramontanismus natürlich herzlich wenig liegen kann. Dasselbe Ried singt der hiesige Korrespondent des „Ezaz“. „In unserer Tagespresse“, so schreibt er, „überwiegt die Gleichgültigkeit oder Kälte gegen die Kirchenverfolgung. Der „Dz. pozn.“ registriert einfach die Thatsachen. „Dniwo“ ist in dem Grade konfessionslos, daß die deutsch-patriotische „Landwehr-Zeitung“ überflüssig ist, weil der Zweck derselben unter den Deckmantel eines unabhängigen Blattes besser erreicht wird. „Wiarus“ redet in seinem Artikel: „über die Ausgangswege“ ganz offen dem Schisma und der provinziellen Nationalsynode, überhaupt allem das Wort, was Fürst Bismarck und Dr. Falk erstreben und als Postulat ihrer neuen Gesetzgebung erklärt haben. Niemand unterstützt wirksamer die Absichten des Fürsten Bismarck, als der „Wiarus“, obwohl er dabei die Tschamara und Konfederalka trägt, was um so widerlicher ist.“ Unseren Lesern dürfen wir nicht erst sagen, daß es ein Irratum wäre, aus dieser Gleichgültigkeit der polnischen Nationalpartei für die „Kirchenverfolgung“ eine regierungsfreundliche Gesinnung zu folgern. Wenn der ultramontane Korrespondent des „Ezaz“ der nationalgesintneten Polenpresse Unterstützung der „Bismarck'schen Absichten“ vorwirft, so thut er es nur, um die Nationalpartei im polnischen Lager verhaft zu machen. Er weiß so gut wie wir, daß die polnischen Liberalen niemals Bundesgenossen einer liberalen Regierung gegen den römischen Obskuratorismus sein werden.

— Am 1. Januar 1875 wird bei der Reichs-Postverwaltung die Markrechnung eingeführt. An diesem Tage werden daher, an die Stelle der bisherigen, im Allgemeinen neue, in der Reichsmarkwährung lautende Postwerthzeichen (Freimarken, Franco-Couverts, Postkarten, gestempelte Streifbänder) und Formulare zu Postanweisungen treten. Die Bestimmung über die Einzelheiten bleibt vorbehalten. Um jedoch das Publikum in den Stand zu setzen, bei Anschaffung von Vorräthen auf die bevorstehenden Änderungen bei Zeiten Rücksicht zu nehmen, wird schon jetzt vom Generalpostamt bekannt gegeben, daß sämmtliche Postwerthzeichen (Freimarken u. s. w.) in der Guldenwährung, ferner diejenigen zu $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Groschen der Thalerwährung am 1. Januar 1875 ihre Gültigkeit zur Frankenförmung verlieren und durch die neuen ersetzt werden; dagegen die Vorräthe an Postwerthzeichen zu $\frac{1}{2}$, 1, 2, 2½ und 5 Silbergroschen auch nach dem 1. Januar 1875 noch verwendet werden dürfen, bis der vorhandene Vorrath der Postanstalten aufgebraucht sein wird, worüber seiner Zeit weitere Benachrichtigung ergehen wird.

r. In der Kl. Ritterstraße war bekanntlich an der Ecke der St. Martinsstraße ein Theil des nach dem Abbrüche des alten Schulgebäudes frei gelegten, der Stadt gehörigen Platzes durch eine Barriere abgegrenzt worden, indem der Magistrat, um das Eigentumsrecht auf diesen Platz zu wahren, dem Kaufmann Rothholz, welcher den hinteren Theil des daran grenzenden Antipferischen Grundstückes erworben hatte, um dort Gebäude zu errichten, die Durchfahrt über den städtischen Platz durch diese Abgrenzung verwehrte. Nachdem nun dagegen der Kaufmann Rothholz gegen den Magistrat flagbar geworden war, indem er den ganzen Plan, auf welchem sich das Mittelschulgebäude befindet, als sein Eigenium beanspruchte, ist es neuerdings zur Einigung zwischen den beiden Parteien gekommen. Danach gestattet der Magistrat dem Herrn Rothholz die Durchfahrt zu dessen Grundstücke, während dieser seine Forderung fallen läßt. Seitdem ist in der Fluchtlinie des Mittelschulgebäudes ein Baum gezogen und dadurch ein langgestreckter Platz provisorisch abgegrenzt worden, welcher dem Kaufmann Rothholz die ungehinderte Durchfahrt zu seinem Grundstücke und die Aufstellung von Baumaterial gestattet. Damit ist aber die Angelegenheit noch nicht erledigt; Magistrat gestattet nämlich dem Kaufmann Rothholz, welcher auf seinem Grundstücke zwei 4stöckige Gebäude von 5 und 9 Fenstern Breite errichten will, die Anlegung derselben, nicht über dessen Grenze hinaus, während das Polizeidirektorium nur unter der Bedingung den Baulosens ertheilen will, daß die Fronten bis in die Fluchtlinie des Mittelschulgebäudes vorausreichen. In letzterem Falle hätte Herr Rothholz der Stadt ein Terrain von c. 15 Quadratruthen abzukaufen, wogu, wie man hört, der selbe gern bereit sein soll. Die Kl. Ritterstraße würde dann, wenn Fronten vorausreichten, noch eine Breite von c. 60 Fuß behalten.

r. Die Arbeiten an der Posen-Kreuzburger Bahn sind während der letzten Monate innerhalb und in der Nähe des Eichwaldes sehr bedeutend gefördert worden. Bereits ist, nachdem eine große Anzahl von Eichen gefällt worden, der Eisenbahndamm, welcher den Wald in der Richtung von Westen nach Osten durchschneidet, zum großen Theil aufgeschüttet, wozu die Erde meistens von den Höhen westwärts vom Eichwald entnommen ist. Von den Wege-Unterführungen ist die eine, westlich vom Eichwalde, bereits vollendet, an zwei anderen, innerhalb des Waldes, wird gegenwärtig gearbeitet; die eine derselben wird an der Stelle des alten bisherigen Fahrweges unter dem hohen Eisenbahndamme nach dem Eichwald-Etablissement hinführen. Gegenwärtig sieht es an dieser Stelle noch ziemlich chaotisch aus. Weiter ostwärts wird die Haltestation errichtet werden. Von der Warthebrücke sind bereits sämmtliche Pfeiler bis über den Wasserspiegel hinaus ausgeführt; die Verbindung zwischen den beiden Ufern wird provisorisch durch eine lange hölzerne Brücke vermittelt, welche auf dem rechten Wartheufer unmittelbar an die dortigen Höhen anstößt, auf dem linken Ufer dagegen in den hohen Eisenbahndamm einmündet.

r. Die Gewerbevorschule der polytechnischen Gesellschaft wird im nächsten Winter in mehreren Parterre-Lokalitäten des alten Marien-Gymnasiums (Fesuitenstraße) abgehalten werden, und befindet sich dort seit Frühling d. J. bereits das gesammte Lehrmaterial nebst Utensilien u. der Gewerbevorschule. Da der Provinziallandtag für die Zeit bis zum nächsten Provinziallandtag 1000 Thlr. jährlich (statt bisher 500 Thlr.) für die Schule bewilligt hat, so wird ein fortwährendes Umziehen, durch welches das Lehrmaterial sehr litt, nunmehr nicht erforderlich sein.

Berloren: 1 grünes Täschchen von Leder mit Inhalt, 1 angefangene Stückerei, 2 Mancheten-Hemden-Knöpfe mit Etui, 1 Brieftasche mit Militär Papieren und Reklamationen.

B Bojanowo, 20. August. (Vorſchufz-Verein.) In der am 16 d. Mts. im hiesigen Rathaus Saale abgehaltenen, mäßig besuchten Generalversammlung verließ der Hr. Direktor den Rechnungsabschluß pro 1. Semester 1874, welchem wir folgende Angaben entnehmen: Im Laufe des verflossenen Halbjahres wurden 240 Vorschüsse mit 53.006 Thaler und 513 Prolongationen mit 83.575 Thaler bewilligt. Die Gesamtneinnahme betrug 92.067 Thaler, die Ausgabe 88.095 Thaler. Die Aktiv Kapitalien befanden sich auf 80.339 Thaler, das Effekten-Konto weist einen Bestand von 24.107 Thaler nach, die Passiva Kapitalien mit 107.971 Thlr. abgerednet, ergiebt ult. Juni c. einen Brutto-gewinn von 447 Thaler. Der Verein ist auch im abgelaufenen Halbjahr von Verlusten verschont geblieben und hat sich auch in dieser Zeit mehr und mehr in dem öffentlichen Vertrauen befestigt. Dies beweist der Umstand, daß der Zusluß von Kapitalien in die mit dem Vereine verbundene Sparkasse ein so bedeutender geworden ist, daß eine Reduktion des Zinsfußes für Spareinlagen auf 4 Prozent geboten erschien, welche auch Seitens der Generalversammlung nach Abhörung des vom Kassirer erstatteten Jahres- und Geschäftsberichts über die Verwaltung der Sparkasse pro 1873/74 beschlossen wurde. Die Summa der Sparinlagen betrug ultimo c. 46.300 Thaler. Die Generalversammlung genehmigte sodann die Umschreibung der Sparkassenbeträge in die neue Reichswährung und vertagte sich hierauf.

XX **Frauenstadt.**, 20. August. [Schulvorstandswahlen. Gesträudemarkt. Sedanfeier.] In der am verflossenen Mittwoch im Rathausaal abgeräumten Versammlung der stimmberechtigten Mitglieder der hiesigen evangelischen Schulgesellschaft wurde zur Wahl von 10 mit Repräsentantenrechten ausgestatteten Schulvorstehern geschriften. Die angelegte Wahlversammlung war insofern von Bedeutung, als den zu wähelnden Schulvorstehern diesmal Rechte eingeräumt werden sollen, welche bisher nur die genannte Schulsocietät inne hatte. Nach Eröffnung der Versammlung stellte Herr Bürgermeister M. Falk als Vorsitzender einen darauf bezüglichen Antrag, und nach kurzer Beratung erklärten sich die Gemeindemitglieder direkt für die Wahl von 10 Schulrepräsentanten, welche die Gerechtsame der Gemeinde und der Schulsocietät selbst in allen Zweigen wahrzunehmen haben. Bei der ersten Abstimmung erreichten 7, bei der zweiten 2 die Stimmenmehrheit; bei der dritten Abstimmung kamen 2 in die endg. Wahl. Es wurden gewählt die Herren: Tuchfabrikant Wilhelm Goldmann, Maurermeister Grottkau, Rentier Theodor Nudelius, Kaufmann Kleemann jun., Malhaber Herzog, Apotheker Demichen, Färberbesitzer Blottnar, Tischlermeister Wilhelm Gruhl, Konditor Heinrich und Büchsenmacher Radec - Der heutige Greidemarkt hatte namentlich in Rothenburg starke Zufuhren. Die Preise blieben mit Ausnahme des Roggen, welcher einen nicht unbedeutenden Rückschlag erlitt, fast dieselben wie am vorhergehenden Markt. Wir notiren höchste Preise pro Sack: Weizen 7 Thlr., Roggen 5 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf., Gerste 4 Thlr. 15 Sgr., Hafer 3 Thlr. 5 Sgr. - Auch in unserer Stadt trifft man bereits für den 2. September Vorlehrungen zu einem allgemeinen Volksfest.

F. **Fraustadt**, 20. August. Wie bereits gemeldet, weiste der Hr. Oberpräfekt am 16. und 17. d. M. in unserer Stadt. Derselbe zeigte ein lebhaftes Interesse für die Volksschulen, indem er die Elementarschulen biesiger Stadt, sowie die in Ober- und Nieder-Britz-

schen und noch mehrere in der Umgegend besuchte und dem Unterricht, wenn auch nur eine lange Zeit, in jeder Klasse resp Schule beiwohne. — Zu der üblichen Vorstellung im Rathausaal über die unterm 16. Februar worden ist, waren die Lehrer der Volkschulen nicht eingeladen. Das Lehrerkollegium der evangelischen Stadtschule war nicht einmal durch den Rektor und Schulinspektor vertreten. Bisher waren die Volkschullehrer bei ähnlichen Gelegenheiten stets beiheiligt. Wie ungernchen diese Zurücksetzung dieselben berühren muß, wird der Volkschulfreund empfinden. Muß die Amtsfreudigkeit, ohne die ein Lehrer nicht mit Segen unterrichten kann und die ohnehin durch die geringe Besoldung getrübt ist, dadurch nicht noch mehr herabgedrückt werden! Oder sollte vielleicht nur ein Fehler von Seiten der einzuladenden Behörde begangen worden sein? Bis jetzt ist darüber nichts laut geworden. Daz die Einladung aus Geringachtung gegen die Volkschule unterlassen worden wäre, möchte man nicht gern annehmen in einer Zeit, wo der Schule, welche den Grund zur Volkssbildung legt, vom Staate eine größere Aufmerksamkeit zugeschenkt wird, und andere Städte, die mit unserer Stadt auf gleicher Stufe stehen, ein lebhaftes Interesse für Hebung des Volksschulwesens zeigen.

r. Wollstein, 20. Aug. [Kreislehrer-Versammlung] Gestern fand im evangel. Schulhause zu Natzwitz unter dem Vorsitze des Kreis-Schulinspektors Herrn Superintendenten Fischer zu Grätz die diesjährige Kreislehrerversammlung des wölfsteiner Kirchenkreises statt. Es beteiligten sich an derselben 9 Schulinspektoren und über 70 Lehrer, worunter 3 jüdische. Nach einem einleitenden Gesange und Gebete hielt zuvörderst der Vorsitzende eine Ansprache an die Lehrer, in welcher er namentlich die Wichtigkeit des Lehramts betonte und zu Geduld und Ausdauer ermahnte. Hierauf hielt Herr Lehrer Wandtnitz aus Chrapowko mit Kindern aus der Mittelklasse der Schule zu Natzwitz eine Lehrprobe an einer Winkelmann'schen Bildertafel, um darzuthun, wie an der Mittelstufe der Schule bei der Übung im mündlichen Ausdruck für den naturgeichtlichen Unterricht vorzubereiten sei? Nach einer sehr eingehenden Debatte hierüber wurde die vom Vorsitzenden gestellte Frage, ob es überhaupt zweckmäßig sei, bei den Sprachübungen das Gebiet der Naturkunde stets im Auge zu halten, mit bedeutender Majorität bejaht. — Herr Lehrer Arndt aus Grätz referierte hierauf über das Thema: „Wie ist am zweckmäßigsten zu verfahren, damit der Weisung, den Unterricht in der Raumtheorie mit demjenigen im Rechnen und Zeichnen in Verbindung zu bringen, genügend entsprochen werde? — Das Korreferat, verfaßt vom Lehrer Treuhal aus Buk, der aber am Erscheinen behindert war, wurde vom Herrn Lehrer Donner aus Natzwitz vorgetragen. Nachdem über Referat und Korreferat ebenfalls eine sehr eingehende Besprechung stattgefunden wurde, wurde die Konferenz, die nach 9 Uhr Vormittags begonnen hatte, Nachmittags 4 Uhr mit Gesang und Gebet geschlossen.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Deutscher Kriegs- Versicherungs- Verein. Die berliner D.R.C. enthält folgende bemerkenswerte Mittheilung: Von dem Verein deutscher Lebensversicherungs- Gesellschaften ist eine neue wichtige Einrichtung geschaffen worden. Dreizehn zu diesem Vereine gehörige deutsche Lebensversicherungs- Gesellschaften (die Lübecker Ges., die Bairische Hypo- und Wechselbank in München, die Teutonia in Leipzig, die Ioua in Halle a. S., die Lebens- Vers.- und Crisp.-V. in Stuttgart, die Magdeh. Lebens- Vers.- Gesellschaft, die Thuringia in Erfurt, die Germania in Stettin, die Providentia in Frankfurt, die Allem. Eisb.- Vers.- Ges. in Berlin, die Rentenanstalt in Stuttgart, die Preuss. Leb.- Vers.- Altien- Gesellsch. und die Baterländische Leb.- Versch. in Elberfeld) haben durch besonderen Vertrag unter der Bezeichnung "Deutscher Kriegsversicherungs- Verein" einen Verband geschlossen, durch welchen diese dreizehn Gesellschaften für gemeinschaftliche Rechnung und Gefahr sich verpflichten, für den nächsten Krieg des deutschen Reiches den bei einer der verbundenen Gesellschaften Versicherten die Kriegs- Versicherung gegen feste Prämien zu gewähren. Die gemeinschaftlich

Verteidigung gegen reelle Prämien zu gewähren. Die gemeinschaftlichen für alle dreizehn Gesellschaften gültigen Bedingungen sind für die Versicherten günstig und schützen die Gesellschaften gegen die Gefahr, daß aus der Übernahme dieser Kriegsversicherungen den Gesellschaften selbst irgend welche bedenkliche Folgen erwachsen könnten. Als Maximum werden auf ein Leben 24.000 Reichsmark gegen Krieg versichert. Als Kriegsprämie bezahlen jährl. praeium. für die Dauer des Krieges Offiziere 10%, Unteroffiz. und Gemeine 7½ %, und nicht mehr als 10% der versicherten Summe, die Versicherten erhalten aber die von den Gesellschaften etwa erzielten Überschüsse dieser Kriegs-Prämien über die Kriegsschäden nach beendeten Kriegen zurückgezahlt. Die Kriegsprämien können schon in Friedenszeiten an die Gesellschaften

dreizehn Gesellschaften liegt unter diesen Verhältnissen eine große Be-
ruhigung darin, daß sie von jetzt ab die Gewissheit haben, für den
nächsten Krieg des deutschen Reiches innerhalb der Grenzen der neuen
Einrichtung auch gegen Kriegsgefahr versichert zu bleiben, falls sie in
die Lage kommen, an dem Kriege Theil nehmen zu müssen. Die Ge-
sammt-Garantie der dreizehn verbundenen Gesellschaften erhöht da-
neben die Sicherheit jedes einzelnen Versicherten und selbstverständlich
auch die Sicherheit der einzelnen, an dem Verbande beteiligten, Ge-
sellschaft. Das neue Unternehmen erscheint als ein Akt des Patrio-
tismus, durch welchen die verbundenen Gesellschaften bemüht gewesen
sind, den Ansprüchen der Versicherten, event. auch gegen Kriegsgefahr
versichert zu bleiben, zu genügen, ohne dadurch die Interessen der
übrigen Versicherten und die Sicherheit der Gesellschaft zu gefährden.
Der Verein deutscher Lebens-Versicherungs-Gesellschaften hat sich durch
die Herstellung dieser neuen Einrichtung unbestreitbar ein weiteres
Lebens-Versicherungswesens erworben.

** **Über den Stand der Quistorp'schen Angelegenheiten**
wird der "Berliner Börs.-Blg." folgendes berichtet: Die Aufforderung des Herrn Heinrich Quistorp an die Gläubiger der Deutschen Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft hat allseitig bereitwilliges Entgegenkommen gefunden und den Wunsch der Beteiligten, die gerichtliche Vor- und Verhandlung ehestens zu befeißen, zur Genüge dokumentirt. — Die zweite notleidende Aktien-Gesellschaft, der Deutsche Central-Bau-Verein, ist zwar im Gesellschaftsregister gelöscht worden, hiergegen wird aber von Herrn Quistorp als Vorstand im Verein mit seinem Kollegen, Stadtrath Holz, sofort Einprache erobten werden, weil das Stadtgericht, wie geleint gemacht wird, keineswegs zu einer solchen Löschung befugt war. Der Konkurs mag die produktive Seite der Gesellschaft außer Kraft gesetzt haben, keineswegs kann derselbe aber, so deduzirt man, die Organe der Aktionäre befeißen, bis deren Geschäftsbeteiligung festgestellt und ausgehütet ist. — Bei den vielen Klagen, welche über die jetzige Verwaltung laut geworden sind, wird anscheinend mit Recht erwartet, daß der bevorstehende Antrag auf Aufhebung des Konkurses die ungetheilte Zustimmung der Gläubiger und soweit wie nötig auch materielle Unterstützung bei den Aktionären finden wird. Was die beiden Kommandit-Gesellschaften anbelangt, so stehen für die Westend-Gesellschaft H. Quistorp & Co. Axford-Vorschläge, hinzielend auf außergerichtliche Liquidation schon für die nächsten Wochen in Aussicht. Auch diese dürften gerne accepirt werden. Die Vereins-Bank Quistorp & Co. endlich dürfte, so wird weiter mitgetheilt, wenn sie ihre Forderungen bei der deutschen Pferde-Eisenbahn in Bälde liquide macht und nach den bevorstehenden Einzelverkäufen in Hellerhof Frankfurt a.M. im Stande sein, sich von ihren lässigen Verbindlichkeiten gegen die Hauptbank zu befreien und sich dann mit den anderen Gläubigern ohne Schwierigkeit verständigen können. Die neue Gesellschaft Westend-Berlin verspricht sich bei den einzuschlagenden Verhandlungen reichlichen Kommissionsverdienst.

** Die Liquidation in Wien. Seit einiger Zeit ist nach Mittheilung verschiedener wiener Zeitungen ein erfreulicher Fortschritt bei den Liquidationen einzelner wiener Gesellschaften wahrnehmbar und die Fäule der Kapitalsrückzahlungen kommen nicht mehr so vereinzelt vor, wie früher. Der "Berliner Börs-Cour." meint in Bezug hierauf: Handelt es sich auch nur um Bruchtheile jener Summen, welche seinerzeit in den liquidirenden Gesellschaften investirt wurden, so sind sie durch die Rückzahlung der produktiven Verwendung wieder zugeführten Gelder doch beträchtlich genug, um das Drängen nach einer unzähligen beschleunigten Abwicklung der Liquidationsgeschäfte zu rechtfertigen. Bis jetzt haben von den liquidirenden Gesellschaften, deren Aktien im amtlichen Kursblatte notirt sind, wenn wir diejenigen einzurechnen von denen Rückzahlungen bereits angekündigt, jedoch noch nicht geleistet worden sind, sieben Banken, fünf Baugesellschaften und zwei Industrie-Unternehmungen mit einem eingehaltenen Gesamtkapital von 55.785 Millionen Rückzahlungen, und zwar in der Höhe von 24.027 Millionen beweiststelligt. Es sind dies folgende:

	Kapital	Rückzahlung in Millionen.
Bank für den Börsenverkehr	8	1 6
Wiener Kommerzialbank	2,4	0 3
Wiener Spar- und Lombardverein	0,885	0,177
Österreichischer Sparverein	2	0,25
Wiener Kreditbank	6	3
Wiener Effektenbank	5	0,25
Wiener Spar und Kreditbank	3	0,6
Bau- und Industrieverein	4	3,575
Domus	2,5	0,625
Donaustadt-Baugesellschaft	6	3
Neue Wiener Baugesellschaft	4	3
Realitätsbank	2	2
Allgemeiner Hölz Industrie-Verein	6	2 4
Transportmittel-Leihanstalt	4	3,25

Summe (wie oben) . 55,785 24,027

Dieses Resultat, welches die Vorstellungen, die man im Publikum über die Liquidationen hat, einige mögen alteriren dürfte, ist aller- dings in erster Reihe auf den Umstand zurückzuführen, daß einige Gesellschaften, welche ihre Thätigkeit erst lange Zeit vor Eintritt der Krise begannen, in der Lage waren, verhältnismäßig bedeutende Quoten ihres Aktien-Kapitals zurückzuoblen, worurch das Gesamt- Resultat ein günstigeres geworden ist. Was die weiteren Erwartungen aus den Liquidationen anlangt, so ist es selbstverständlich jetzt noch nicht möglich, auch nur annähernd die Summe zu texieren, welche zurückgezahlt werden dürfte; da es doch zweifellos ist, daß viele liqui- dierende Gesellschaften sich in statu eridas befinden und daß dieselben die Liquidationen nur deshalb beabschossen haben, um die Rechtsfolgen des Kursapses von ihren Verwaltungsräthen und Direktoren abzu- wenden, so wird man gut thun, die weiteren Erwartungen auf ein geringes Maß zu reduzieren.

** **Österreichische Bodenkredit-Instalt.** Am 15. d. M-
sand, wie seiner Zeit telegraphisch gemeldet wurde, eine Aufsichtsrathssitzung statt, in welcher die Semestralbilanz vorgelebt wurde. Man sieht aus derselben folgende Ziffern mit: Der Nettovergniss beträgt 413,833 fl., welcher hauptsächlich aus dem Hypothekenkredit-Geschäft resultirt. Gegen die Bilanz des Vorjahres haben die Hypothekenbank-Darlehen um 4 Millionen, die Debitorien um 14 Millionen und die Kreditoren um 10½ Millionen abgenommen. Die Reserve für dubiose Forderungen beträgt 4 Millionen. Der Garantiefond wird für die im Vorjahr erlittenen Verluste Seitens des Verwaltungsrathes mit 2½ Millionen in Anspruch genommen, welchem der erzielte Nettovergniss gegenübersteht. Wie die "Pr." meldet, sind Verhandlungen mit den Garanten wegen Belassung des Garantiefonds Schufs früherer Binsenzahlung an die Aktionäre im Gange. Aus der Bilanz geht hervor, daß Dank der Anstrengungen des Verwaltungsrathes die Situation der Bank sich wesentlich verbessert hat.

Permittees.

* Ein angebundener Bär. Das Musikkorps des Garde-Füsilier-Regiments, dem Berliner besser unter dem Namen „Maitäfer“ bekannt, konzertirte wie bekannt in Petersburg und lehrte vor wenigen Tagen von dort zurück. Sie hatten so schön dort geblasen, daß dem Kapellmeister ein Orden des Kaisers und den Mitgliedern der Kapelle von derselber allerhöchsten Hand aus kleine Silbergeschenke zu Theil wurden. Eines Tages jedoch folgten sie der dringenden Aufforderung der Direktion des Zoologischen Gartens dort, und konzertirten daselbst mit immensem Erfolge. Sie erhielten wie die „Ms. Bz. Bz.“ mittheilt, von der Direktion u. a. einen prächtigen jungen, dort im Garten geworfenen Bären als Präsent, den sie wiederum dem berliner Zoologischen Garten als Geschenk zu machen gedachten. „Bz. junior“ war fromm, bis er die Proben der „Maitäfer“ hörte; ihr „Gesumme“ brauste ihm wohl zu mächtig in die Ohren, oder er weckte in ihm das Gefühl des „Mittunigstrens“, das er durch Knurren,

